

Kundinnen und Kunden zeigen nach wie vor wenig Interesse – AfW unterstützt Vorschlag zur Aussetzung der Abfragepflicht



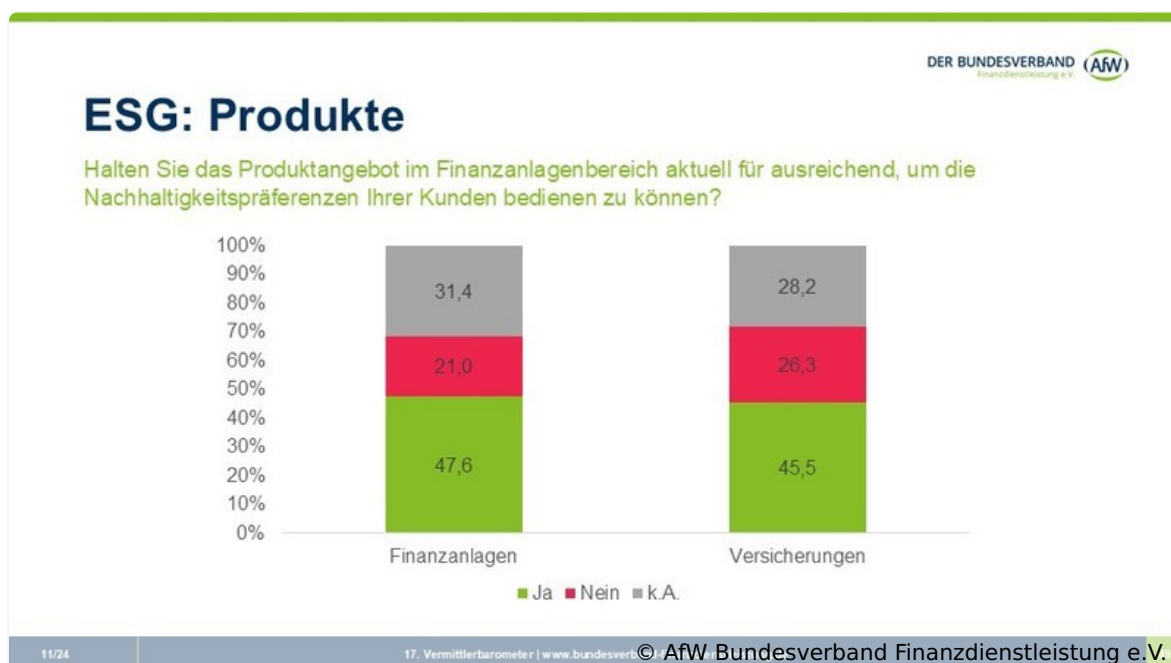
Die Abfrage der Nachhaltigkeitspräferenzen, die Versicherungsvermittlerinnen und -vermittler seit dem 22. August 2022 sowie Finanzanlagenvermittlerinnen und -vermittler seit dem 20. April 2023 verpflichtend durchführen müssen, bleibt ein praxisfernes Regulierungselement.

Das aktuelle 17. AfW-Vermittlerbarometer zeigt deutlich, dass dieses Instrument in der täglichen Beratung kaum Relevanz entfaltet.

Lediglich 21 Prozent der Kundinnen und Kunden äußern überhaupt ein Interesse daran, ihre Nachhaltigkeitspräferenzen zu besprechen (2022 waren es noch 53 Prozent). Ein signifikanter Anteil von 68 Prozent gibt an, das Thema sei ihnen gleichgültig. Immerhin 11 Prozent lehnen die Abfrage kategorisch ab.



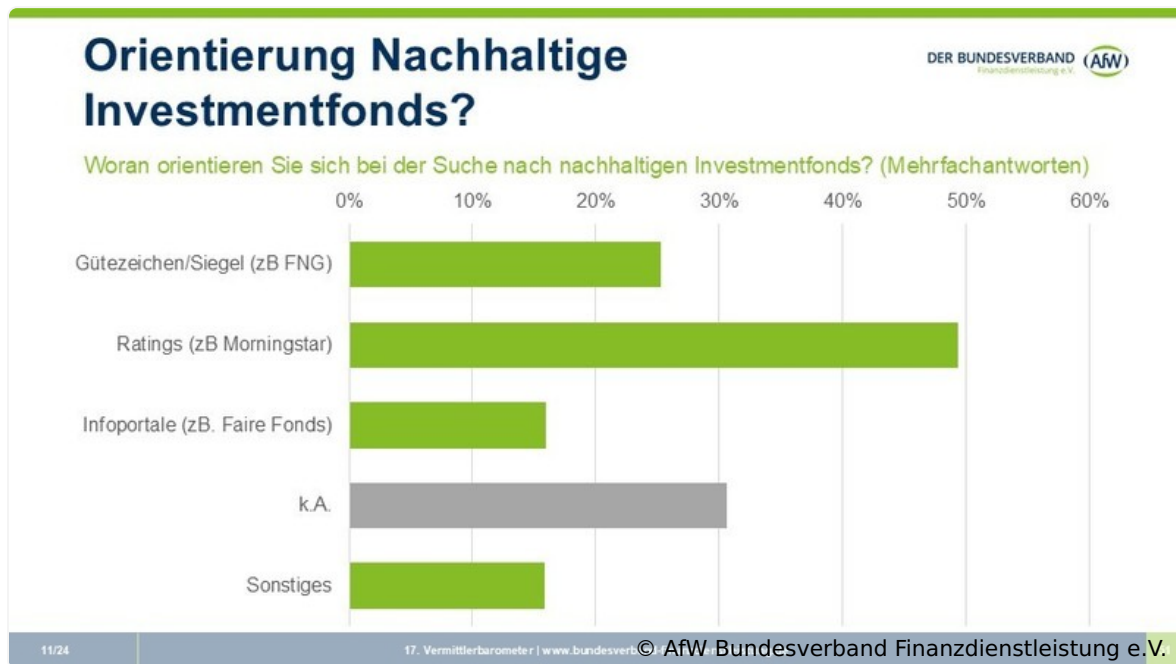
„In der öffentlichen Wahrnehmung sind derzeit Themen wie Migration, Inflation und geopolitische Risiken deutlich präsenter als die Nachhaltigkeitsdiskussion“, erklärt Norman Wirth, Vorstandsmitglied des AfW. Auch die Qualität des Produktangebots lasse weiterhin zu wünschen übrig, wie die Studie zeigt: Nur knapp die Hälfte der Vermittlerinnen und Vermittler (47,6 Prozent bei Finanzanlagen und 45,5 Prozent bei Versicherungen) stuft die angebotenen Produkte als ausreichend ein.



ESG-Ratings als meistgenutzte Orientierungshilfe

In der Auswahl nachhaltiger Investmentfonds greifen 49 Prozent der Vermittlerinnen und Vermittler auf ESG-Ratings zurück. Jeder Vierte nutzt Gütezeichen und -siegel wie das FNG-Siegel. 16 Prozent informieren sich über einschlägige Portale. Bemerkenswert: 30,3 Prozent

können keine konkrete Quelle benennen.



AfW: Nachhaltigkeitspräferenzabfrage in aktueller Form kritisch - Unterstützung für Aussetzung der Abfragepflicht

Der AfW Bundesverband Finanzdienstleistung sieht die Nachhaltigkeitspräferenzabfrage in ihrer gegenwärtigen Ausgestaltung als gescheitert an. Sie führt nicht nur zu erheblichem Beratungsaufwand ohne erkennbaren Kundennutzen, sondern verunsichert sowohl die Kundinnen und Kunden als auch die Vermittlerinnen und Vermittler.



Norman Wirth, Geschäftsführender Vorstand des AfW © AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

„Wir begrüßen ausdrücklich die in Brüssel angestoßenen Bemühungen um eine Vereinfachung der Prozesse und setzen uns für klare, verständliche Kategorien ein. Ebenso unterstützen wir den Vorschlag unseres Partnerverbands VOTUM für eine Aussetzung der Abfragepflicht in der derzeitigen Form. Dieser Vorstoß ist im Sinne einer praxisnahen Regulierung und steht für ein notwendiges Umdenken“, betont Norman Wirth.

Bereits häufig und intensiv hat der AfW die Kritik an der bestehenden Ausgestaltung der Nachhaltigkeitspräferenzabfrage in Berlin und Brüssel adressiert, unter anderen bei Konsultationen der EU-Kommission und der europäischen Aufsichtsbehörden EIOPA und ESMA. Der AfW wird die politische Debatte dazu weiterhin aktiv und konstruktiv begleiten.

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Kurfürstendamm 37

10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliendarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.